

ANNA LENA GÖTTSCHE

Weibliche
Genitalverstümmelung/
Beschneidung

Jus Internationale et Europaeum



Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

159



Anna Lena Götsche

Weibliche Genitalverstümmelung/ Beschneidung

Interdisziplinäre Betrachtungen
und rechtliche Einordnungen im Lichte von Grund-
und Menschenrechten

Mohr Siebeck

Anna Lena Götsche, Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg und Alicante (Spanien);
Wissenschaftliche Mitarbeit und Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin, Referen-
dariat am Kammergericht Berlin.
orcid.org/0000-0003-0444-3872

ISBN 978-3-16-159000-9 / eISBN 978-3-16-159001-6

DOI 10.1628/978-3-16-159001-6

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times New Roman gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Diese Arbeit ist die überarbeitete Fassung meiner an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichten Dissertation, die ich im Juni 2018 verteidigt habe. Danach veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur konnten zum großen Teil bis einschließlich August 2019 berücksichtigt werden.

Das Thema der Arbeit begleitet mich seit Langem, und ich danke Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Susanne Baer für die Bereitschaft, ein Forschungsprojekt in einem so verminten Feld zu betreuen. Susanne Baer hat mich ermutigt, Ambivalenzen zu benennen – und auszuhalten. In den herausfordernden und zugleich wertschätzenden Gesprächen konnte ich stets von ihrer analytischen Klarheit und der Gabe zu schlüssiger Strukturierung profitieren.

Zur Betreuung gehörte auch die Ermöglichung der Auseinandersetzung mit Promotionskolleg_innen im Forschungskolloquium, in dem ich auch die kritischen Anmerkungen nie als Geringschätzung erfahren habe, sondern immer als produktive Weiterentwicklung einer Forschungsidee. Solidarische Unterstützung habe ich außerdem durch meine Kolleg_innen am „Baerstuhl“ in meiner Zeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und danach erfahren. Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle mein „Erfolgsteam“, mit dem ich Erfolgserlebnisse und Frustration teilen, und mich so immer wieder zum Schreiben motivieren konnte. Ohne diese Räume des horizonterweiternden Austauschs wäre die vorliegende Arbeit nicht die, die sie heute ist. Ich danke daher insbesondere Melanie Bittner, Dr. Matthildi Chatzipanagiotou, Lucy Chebout, Talke Flörcken, Prof. Dr. Sarah Elsuni, Sophia Ermert, Ligia Fabris, Prof. Dr. Nora Markard, Sophie Rosenbusch, Dr. Nahed Samour, Dr. Arn Sauer und Karina Theurer.

Prof. Dr. Konstanze Plett danke ich für eine entscheidende Weichenstellung in der Entstehungsphase des Promotionsprojekts.

Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Prof. Dr. Felix Hanschmann, ebenso wie für die Anregung zur Veröffentlichung meines Disputationsvortrags.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ermöglichte mir durch ein Promotionsstipendium eine Phase des Eintauchens in einen intensiven Forschungs- und Schreibprozess. Dem Deutschen Juristinnenbund (djb) gebührt mein Dank für die Würdigung meiner Arbeit durch einen Anerkennungspreis.

Der Johanna und Fritz Buch Gedächtnisstiftung danke ich für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Mein persönlichster Dank gilt meiner Familie. Meine Eltern, Heidemarie Grobe und Bodo Göttsche, sowie meine Geschwister Dr. Juliane Göttsche und Dr. Götz Göttsche, haben mich mit Interesse auf meinem Weg begleitet und ohne Vorbehalte unterstützt. Es war meine Mutter, die mir frühzeitig den Blick für geschlechtsbezogene Ungleichheiten geöffnet hat. Dass wir heute in manchen Standpunkten nicht mehr übereinstimmen, schmälert nicht meine aufrichtige Anerkennung für ihre langjährige feministisch-politische Arbeit.

Benjamin Klages, dessen Bekanntschaft für mich mit dem Thema dieser Arbeit schicksalhaft verbunden ist, danke ich von Herzen für sein bedingungsloses Da-sein und das Teilhaben an den anstrengenden wie auch an den freudvollen Momenten. Ihm zu begegnen, war mein großes Glück.

Gewidmet ist dieses Buch meinen Kindern. Mögen sie immer unverseht sein.

Berlin, im September 2019

Anna Lena Göttsche

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1
A. Übergeordnete Frage- und Problemstellungen	11
I. Menschenrechtliche Interventionen	11
1. Feministische Interventionen	14
a) Geschlechternormen	14
b) Geschlecht als eine von mehreren Ungleichheitsdimensionen	19
2. Kulturrelativistische Interventionen	24
a) Relative Menschenrechte	26
b) Relative Vereinnahmungen	27
3. Kollektivistische Interventionen	29
a) <i>Gruppenrechte?</i>	31
b) <i>Gruppenrechte?</i>	36
4. Konkretisierung: FGM/Cs als Menschenrechtsverletzung und „kulturelle“ Rechtfertigungen	37
II. Selbstbestimmung und Paternalismus in der liberal-individualistischen Grundordnung	42
1. Paternalismus als Problem der liberal-individualistischen Grundordnung	43
a) Der Schutz anderer	44
b) Moralische Rechtfertigungen	45
c) Kollektivistische Rechtfertigungen	46
d) Vermittelnder Ansatz: Liberaler Paternalismus	49
2. Selbstbestimmung unter der Bedingung struktureller gesellschaftlicher Ungleichheit	50
a) Rationalität	51
b) Freiwilligkeit der Einwilligung	51

c) Fähigkeit zur Einwilligung	51
d) Autonomie	52
3. Konkretisierung: §§ 226a i. V. m. 228 StGB als legitime paternalistische Maßnahme?	54
III. Stellungnahme: Ein herrschaftskritisches Verständnis von Menschenrechten und Selbstbestimmung als Voraussetzung für einen gerechteren Umgang mit FGM/Cs im Recht	57
1. Problematische Vereinnahmungen	57
2. Problematische Ausblendungen	60
3. Vereinnahmungen und Ausblendungen im Kontext „FGM/Cs“	61
 B. Fälle von FGM/Cs	 65
I. Vermutete historische Ursprünge	66
II. Geografische und soziale Verbreitung bzw. Häufigkeit	66
1. Afrikanische, nahöstliche und asiatische Staaten	68
2. EU-Staaten, insbesondere Deutschland	70
III. Akteur_innen und Beteiligte	73
IV. Begründungen und Deutungen	74
1. Tradition	76
2. Religion/Glaube	76
3. Abgrenzung (und Identitätsstiftung)	78
4. Sexualität und Körper	79
5. Heiratsfähigkeit	80
6. Übergangsritus	81
V. Arten der Ausführung	82
VI. Folgen	84
VII. Alter	87
VIII. Verbundenheit in der Differenz – FGM/Cs und andere Eingriffe an den Genitalien	89
1. Genitalverstümmelungen in Europa und den USA im 19./20. Jahrhundert	91
2. Geschlechtsverändernde Eingriffe bei Inter*	92
3. Männliche Beschneidung	96
4. Kosmetische Genitaloperationen	104
IX. Fazit: FGM/Cs als komplexes Phänomen erfassen, das nur begrenzt vergleichbar ist	110

C. Grund- und menschenrechtliche Vorgaben und Grundlagen	111
I. Das universelle Menschenrechtssystem	112
1. Arbeit zu geschlechtsspezifischer Gewalt und FGM/Cs innerhalb der UN	114
a) FGM/Cs in der Anfangszeit der Vereinten Nationen	115
b) FGM/Cs in der Zeit ab der UN-Frauendekade	117
2. Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge	123
3. Internationale Menschenrechtscharta	129
4. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	134
5. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	135
6. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	139
7. Übereinkommen über die Rechte des Kindes	144
8. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	149
II. (Sub-)Regionale Menschenrechtssysteme	152
1. Afrika und Naher Osten	152
2. Europa	154
a) Europarat	155
aa) FGM/Cs als explizites Thema im Europarat	155
bb) Rechtsprechung auf europäischer Ebene – FGM/Cs vor dem EGMR	160
a) Europäische Union	161
aa) FGM/Cs als explizites Thema in den EU-Institutionen	161
bb) Verbindliche Rechtsakte, die im Hinblick auf FGM/Cs relevant sind	167
III. FGM/Cs im Verfassungsrecht	169
1. FGM/Cs als Grundrechtsbeeinträchtigung	171
a) Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	172
b) Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. 1 Abs. 1 GG	176
aa) Die „sexuelle Selbstbestimmung“ im Strafrecht	178
bb) <i>Strafrechtliche</i> sexuelle Selbstbestimmung bislang nicht Schutzgut des § 226a StGB	179
c) Recht auf Achtung der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	180

d) Recht auf geschlechtsbezogene Nichtdiskriminierung, Art. 3 Abs. 2 S. 1 und 3 S. 1 GG	183
aa) Vergleichsgruppenbildung im Zusammenhang mit FGM/Cs	188
e) Recht auf Asyl, Art. 16a GG	189
2. Maßnahmen zum Schutz vor FGM/Cs	
als Grundrechtsbeeinträchtigung	192
a) Elternverantwortung, Art. 6 Abs. 2 GG	192
aa) Wenn Eltern die Beschneidung der Tochter anstreben	194
bb) Wenn Eltern ihre Tochter jedenfalls vor FGM/Cs schützen sollen	195
b) Glaubensfreiheit, Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	196
aa) Die eigene Beschneidung	197
bb) Die Beschneidung des eigenen Kindes	198
c) Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. 1 Abs. 1 GG	198
d) Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG	199
e) Recht auf rassistische und/oder religiöse Nichtdiskriminierung, Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	200
3. Zwischenergebnis: Die konkreten Grundrechtsbetroffenheiten	202
 D. Umsetzung der Vorgaben im nationalen Kontext	 205
I. FGM/Cs auf der bundespolitischen Agenda – Überblick	205
II. Nationale Rechtsetzung und -anwendung	210
1. Asylrechtliches Aufenthaltsrecht	211
a) Grundsätzliches im Asyl- und Flüchtlingsschutzverfahren	211
aa) Geschlechtsbezogene Verfolgung	212
bb) Inländische Fluchialternative	213
b) Asyl gemäß Art. 16a GG i. V. m. dem Asylgesetz	214
c) Internationaler Schutz: Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Abs. 1 AsylG	216
d) Internationaler Schutz: Subsidiärer Schutz gemäß § 4 Abs. 1 AsylG	218
e) Nationale Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG	219
f) Untergesetzliche Vorschriften im Aufenthaltsrecht	221
2. Kindschaftsrecht	224
a) Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts, § 1666 Abs. 1 BGB	225

b) Einschränkung des Umgangsrechts, § 1684 BGB und weitere Schutzmaßnahmen	226
c) Keine Parallelität zu § 1631d BGB	227
3. Strafrecht und Strafprozessrecht	228
a) Verstümmelung weiblicher Genitalien, § 226a StGB	230
b) Körperverletzung, §§ 223 ff. StGB	233
c) Auslandsbezug	234
d) Einwilligung und Sittenwidrigkeit der Einwilligung	235
aa) Stellvertretende Einwilligung	235
bb) Sittenwidrigkeit der Einwilligung	236
e) Verjährung	238
f) Strafprozessrecht	239
g) Verschwiegenheitspflicht und ihre Ausnahme in § 4 KKG	240
4. Passgesetz	241

E. Schlussfolgerungen: Bedarfe in deutschem Recht und Rechtspolitik hinsichtlich FGM/Cs im Licht der Grund- und Menschenrechte 243

I. Flucht und Aufenthalt	243
II. Bewusstseinswandel	247
III. Forschungsbedarfe	248
IV. Bildung	249
V. Beratung und Gesundheit	251
VI. Familie	253
VII. Strafrecht	254

Literatur	257
Stichwortverzeichnis	293